Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche, Katharinenstr. 28, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Mess-Auflage 19,150.
Abonnementspreis vierteljährlich 4½ Mk. incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrabeilagen (in Tageblatt-Format gefalzt) ohne Postbeförderung 50 Mk. mit Postbeförderung 60 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf. Größere Schriften laut unr. Preisverzeichniß. Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.
Reclamen unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 148. Freitag den 28. Mai 1886. 80. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Die Anfertigung und Lieferung von Eisengegenständen für die Schleuseneinlage des Schlacht- und Viehhofes zu Leipzig ist vergeben, und werden daher die nicht berücksichtigten Herren Submittenten ihrer Angebote entlassen.

Leipzig, am 21. Mai 1886.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Gumpmuth, Assessor.

Bekanntmachung.

Die **große Rathsstube** bleibt wegen Reinigung der Localitäten

Freitag, den 4. Juni,

geschlossen.

Leipzig, den 26. Mai 1886.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Heuschel.

Bekanntmachung.

Die Herstellung einer **Grenzmauer** auf der **Gasanstalt I.** soll an einen Unternehmer verdungen werden. Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Arbeiten liegen im Bureau der Gasanstalt I. zur Einsichtnahme aus; auch können dort Anschlagsformulare für diese Arbeit entgegengenommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:

„Grenzmauer für die Gasanstalt I."

versehen in der Nuntiatur des Rathhauses und zwar bis zum 5. Juni 1886 Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Leipzig, am 25. Mai 1886.

Des Raths Deputation zu den Gasanstalten.

Nichtamtlicher Theil.

Kaiser Alexander in Moskau.

Der glänzende Empfang, welcher dem Kaiser Alexander in der Krönungsstadt Moskau zu Theil geworden ist, hat eine Beimischung erhalten, durch welche die Begrüßungsreden den Charakter von politischen Kundgebungen angenommen haben. Das Stadthaupt von Moskau, wie der Metropolitan bezogen sich in ihren Ansprachen an den Kaiser übereinstimmend auf den Stapellauf der neuen Kriegsschiffe für die Flotte des Schwarzen Meeres und gaben den Hoffnungen Ausdruck, welche sich an die Wiedergeburt dieser Flotte knüpfen. Beide Redner nannten das Ziel, welches die Flotte des Schwarzen Meeres verfolgt, ganz rückhaltlos bei seinem wahren Namen. Das Stadtoberhaupt nahm keinen Anstand, von der Beflügelung der Hoffnung und der Befestigung des Glaubens zu sprechen, daß dereinst auf der Sophienmoschee in Konstantinopel das Christenkreuz erglänzen werde, und der Metropolitan pries das Glück, daß ein vom gesammten russischen Volke gehegter, gleichsam als Vermächtniß überkommener Wunsch durch den Kaiser seiner Erfüllung entgegengeführt werde. „Die Pontusflotte, einstmals der größte Ruhm Rußlands, wird durch Deinen Herrscherwillen wiederum zum früheren Leben zurückgerufen." In so feierlicher Form ist die Absicht eines Krieges kaum je zuvor verkündet worden mitten im Frieden und unmittelbar nach Beendigung eines Zustandes, welcher die Ruhe Europas acht Monate lang in der schwersten Weise gestört hat.

Solche officielle Ansprachen in einem absolut regirten Land, zumal in Rußland, pflegen nicht Eingebungen des Augenblicks zu sein, sondern die Redner pflegen sich vorher an maßgebender Stelle darüber zu unterrichten, ob der beabsichtigte Inhalt der Ansprache auch nicht unerwünscht ist. Eine directe Anregung zu den Begrüßungen der Vertreter des weltlichen und geistlichen Moskau war durch den Tagesbefehl des Kaisers an die Flotte vom 20. Mai gegeben, die Anreden waren die zustimmenden Erwiderungen auf die darin enthaltenen patriotischen Aufrufe. Moskau ist zum Kampfe gegen die Ungläubigen für die Würde des Reichs und zur Ausbreitung des christlichen Glaubens bereit und blickt, gleich dem Kaiser, mit Stolz auf die Thaten der Väter zurück. „So denkt, darauf baut Moskau", schloß das Stadtoberhaupt seine Anrede, und der Kaiser, das Gesagte mißschwigend billigend, erwiderte, daß er Moskau liebe und sich freue, am Jahrestage der Krönung in seinen Mauern zu sein. Sowie der Tag des Stapellaufes der „Tschesme" der Geburtstag des Thronfolgers war, so hatte der Kaiser darauf besonderen Werth gelegt, gerade am Krönungstag in Moskau einzutreffen. Es war die bewußte Absicht vorhanden, beide Ereignisse mit dem Nimbus ungewöhnlicher Feierlichkeit zu umgeben und sie mit einander in Wechselbeziehung zu setzen, damit sie sich tief einprägten in der russischen Volksseele. Es ist der heilige Krieg, welcher vorbereitet wird, um die schlimmen Tage des Krimkrieges auszugleichen durch um so erfolgreichere Heldenthaten und zugleich das längst erstrebte Ziel, Konstantinopel, zu erreichen. Jetzt wird die russische Presse kein Erstaunen mehr darüber heucheln dürfen, daß der Tagesbefehl Kaiser Alexander's an die Pontusflotte in kriegerischem Sinne gedeutet worden ist, das Staatsoberhaupt von Moskau hat es mit klaren Worten im Angesicht des Kaisers gesagt, daß die Bevölkerung Moskaus das Kreuz auf der Sophienmoschee in Konstantinopel aufzurichten hofft, und der Kaiser hat kein Wort der Abwehr oder auch nur der Milderung dieser offenbaren Herausforderung an die Türkei gefunden. In dem Tagesbefehl heißt es freilich: „Mein Wille und meine Gedanken sind auf die friedliche Entwickelung des Volkswohls gerichtet", aber der Schluß lautet dann: „Allein Umstände können die Erfüllung meiner Wünsche erschweren und mich zur bewaffneten Vertheidigung der Würde des Reiches zwingen." Die Vertreter Moskaus haben den Vorbehalt als unwesentlich ignorirt und sich dafür um so fester an den Nachsatz gehalten und ihn in dem Sinne ausgelegt, wie das auch im Auslande geschehen ist.

Die Türkei, welche den Herausforderungen der Reisen gegenüber ihre volle Ruhe bewahrt hat, wird auch der offenbaren Drohung Moskaus gegenüber keinen Augenblick ihren Gleichmuth verlieren und wohl wissen, daß sie durch übel angebrachte Empfindlichkeit ihre Lage nur verschlimmern kann. Aber das wird dem Sultan aus den Moskauer Begrüßungsreden zur unerschütterlichen Ueberzeugung geworden sein, daß er die Existenz seines Reiches über kurz oder lang gegen Rußlands Eroberungsgelüste zu vertheidigen gezwungen sein wird. Er hatte sich für diesen Fall schon seit acht Monaten vorbereitet, aber die ostrumelische, die serbisch-bulgarische und die griechische Streitfrage sind ohne die davon befürchteten Folgen vorübergegangen. Jetzt, wo alle Schwierigkeiten beglichen und die Ruhe anscheinend wieder hergestellt ist, ertönen zuerst von Livadia und dann von Moskau Alarmschüsse von so unzweifelhaft ernster Bedeutung, daß man gespannt sein darf, ob und welche Haltung die europäischen Mächte ihnen gegenüber einnehmen werden. Vermuthlich wird darüber nichts oder nichts Verbürgtes in die Oeffentlichkeit dringen, aber zu diplomatischen Anfragen und Rücksprachen werden sie sicherlich Gelegenheit bieten.

Es ging vor einigen Tagen die bisher unwidersprochene Mittheilung durch die Presse, daß der Minister v. Giers bei seiner Badereise nach Franzensbad auch einen Abstecher nach Friedrichsruh machen werde, um den Fürsten Bismarck in seinem Landaufenthalt aufzusuchen. Die letzten acht Monate haben so viel neuen Stoff zu diplomatischen Erörterungen, zumal zwischen Rußland und Deutschland geliefert, daß ein solcher Besuch gewiß zur Beseitigung mannigfacher Mißverständnisse und zur Aufhellung dunkler politischer Maßregeln und Schritte dienen wird. Rußland und Deutschland gehen seit Skierniewice wieder Hand in Hand, und in diesem Verhältniß ist auch seitdem keine Aenderung eingetreten, wenigstens keine äußerlich erkennbare. Wenn es etwas giebt, worüber vielleicht eine Verständigung wünschenswerth sein könnte, so wäre es das gespannte Verhältniß zwischen dem Zaren und dem Fürsten Alexander von Bulgarien. In Deutschland sieht man die Sache von dem Gesichtspuncte aus an, daß durch die kriegerischen Erfolge des Fürsten Alexander gegen Serbien auch seine gesammte Stellung auf der Balkanhalbinsel eine andere, auf Beachtung Anspruch machende geworden ist. Dieser Auffassung ist die russische vollständig entgegengesetzt aus Gründen, welche mit der russischen Politik im Orient zusammenhängen. Rußland hat aber der Verleihung des Gouverneurpostens für Ostrumelien an den Fürsten Alexander auf fünf Jahre zugestimmt, also kann es nicht jetzt plötzlich eine feindliche Stellung zum Fürsten einnehmen. Noch viel weniger begründet erscheint es aber, daß Rußland jetzt gegen die Türkei Herausforderungen wie Blitze aus heiterem Himmel schleudert. Das Concert der europäischen Großmächte in der orientalischen Frage ist bisher nur durch Frankreich gestört worden, Rußland hat in allen Balkanfragen mit Deutschland, Oesterreich, England und Italien gemeinsame Maßregeln gutgeheißen, und in diesem Augenblick richtet England an die übrigen Vertragsmächte die Aufforderung, die Blockade der griechischen Küste aufzuheben. Vorerst wird in dieser Beziehung voraussichtlich auch in nächster Zukunft keine Aenderung eintreten, aber der Tagesbefehl des Kaisers Alexander an die Pontusflotte und die Moskauer Begrüßungsreden werden naturgemäß überall großes Aufsehen erregen und weite Kreise ziehen. Wir glauben nicht, daß sich daraus unmittelbar ein Krieg ergeben wird, aber als Vorbereitung zu einem solchen müssen beide ohne Frage angesehen werden.

•

Leipzig, 28. Mai 1886.

* Das schon erwähnte Handschreiben des **Königs von Württemberg** an den General von Schachtmeyer hat folgenden Wortlaut:

Werther Herr commandirender General Meines Armeecorps und General der Infanterie z. Schachtmeyer! Nachdem Mir von Seiner Majestät dem deutschen Kaiser, König von Preußen, die Mittheilung gemacht worden ist, daß Höchstderselbe Sie mittelst Order vom 15. d. M. von dem Commando nach Württemberg entbunden und in Gegenwärtigung Ihres Abschiedsgesuches mit der gesetzlichen Pension zur Disposition gestellt hat, finde Ich Mich bewogen, Sie Ihrer Bitte entsprechend von dem Generalcommando Meines Armeecorps in Gnaden zu entheben. Indem Ich Sie von dieser Meiner Entschließung in Kenntniß setze, spreche Ich Ihnen für die Mir von Ihnen in Ihrer bisherigen Stellung mit Eifer, Treue und Auszeichnung geleisteten Dienste Meinen gnädigen Dank und Meine volle Anerkennung aus. Zugleich habe Ich in der Absicht, Ihnen noch ein besonderes Zeichen der wohlwollenden Gesinnungen zu geben, die Ich persönlich für Sie hege, Ihnen als Andenken Mein Bild bestimmt, das Ich für Sie besonders anfertigen lasse und das Ihnen sofort nach seiner Vollendung zugehen wird. Ich hoffe, daß Sie die Ihnen nunmehr gewährte Ruhe noch viele Jahre in ungestörter Gesundheit genießen werden, und bitte Gott, daß Er Sie, werther Herr General der Infanterie z. Schachtmeyer, in Seinen heiligen Schutz nehme. Riga, den 19. Mai 1886. (gez.) Karl.

* * *

* Die niederösterreichischen Mittelschullehrer haben zwar den gemeinsamen Beschluß gefaßt, für Goethe, Schiller und Lessing gegenüber Herrn v. Gautsch die solidarische Verantwortung zu übernehmen, aber im Uebrigen vollzieht sich die Säuberung der Schülerbibliotheken von Allem, was irgend einen freisinnigen oder nationalen Beigeschmack hat, zur Befriedigung der Klerikalen. Zu deren Freude führt der Unterrichtsminister auch fort, klerikale Landesschulinspectoren zu ernennen, so jetzt wieder einen solchen für die Volksschulen Oberösterreichs. Demgegenüber hat der deutsche Verein für Oberösterreich in Linz einen Aufruf zur Errichtung von Volksbibliotheken erlassen, um, wie es in diesem Aufruf heißt, „der zunehmenden Verrohung einerseits, der Dummheit und dem Aberglauben anderseits und endlich der beklagenswerthen Gleichgiltigkeit für die Größe und Bedeutung deutscher Geistesarbeit, deutscher Kraft und deutscher Geschichte wirksam zu begegnen". Im Lande Oberösterreich, welches an die ultramontanen Kampfgenossen der Czechen und Polen schmählich verloren gegangen ist, thut's noth! In Vorbereitung hat Herr v. Gautsch augenblicklich die Erhöhung des schon im vorigen Jahre um 50 Procent gesteigerten Schulgeldes an den Mittelschulen, um den Zudrang zu bekämpfen, und die Errichtung von Landescommissionen für das Gewerbeschulwesen. Der Zweck der zweiten Maßregel ist die Föderalisirung des Gewerbeschulwesens, und von der ersten fürchtet man, daß die übermäßige Hinaufschraubung des Schulgeldes künftig die Mittelclassen von den Mittelschulen ausschließen und nur noch Reichen und den ganz befreiten Armen den Besuch der Gymnasien und Realschulen gestatten würde.

* Vor einigen Tagen theilten wir mit, daß in Pest ein Auflauf, an dem vorzüglich Studenten betheiligt gewesen seien, stattgefunden und der sich gegen den General Janski gerichtet habe. Aus den sehr verworrenen Zeitungsmittheilungen war zu entnehmen, daß General Janski die ungarischen Officiere veranlaßt hatte, am Todestage des Generals Henzi, desselben österreichischen Generals, der Ofen gegen die Ungarn vertheidigt hatte, dessen Grab zu besuchen. Der Skandal war ziemlich groß und gewann eine entschieden politische Färbung, so daß der Abg. Ugron im Pester Abgeordnetenhause den Minister Tißa darüber befragte. Die Antwort, welche Tißa gab, ist ausführlich und für die Verhältnisse in Ungarn sehr bezeichnend. Er sprach:

„Vor einigen Tagen ritt General Janski mit dem Bataillons-Commandanten Lacroy, vom Uebungsplatze kommend, am Militairfriedhofe vorüber. Der General fragte den Major, was mit den Gräbern jener Genieofficiere zu geschehen pflege, die dort begraben, und erhielt zur Antwort, daß die Gräber von den Genietruppen gepflegt und in Ordnung gehalten, alljährlich am Allerseelentage geschmückt und beleuchtet werden. General Janski bemerkte, er hielte es für richtiger, wenn dies an jenem Tage geschehe, an dem diese Officiere gefallen sind. Der Major stimmte dieser Ansicht zu. Sie sind sodann übereingekommen, daß am 21. d. um 10 Uhr Vormittags die Gräber bekränzt werden. Aber schon damals wurde gesagt, daß jedes Aufsehen, somit jedes cooperative Auftreten und jede Ausführung in Gala vermieden werden soll. General Janski behauptet, das sei eine kameradschaftliche Besprechung gewesen und seinerseits sei weder ein mündlicher noch ein schriftlicher Befehl ergangen. Die beiden Majore, welche das 4. und 5. Genietbataillon commandiren, haben nicht im Tagesbefehl, sondern mittelst Verordnungsbogens die Officiere von diesem Rendezvous verständigt. General Janski war in gewöhnlicher Adjustirung zur Uebung hinausgeritten. Vom gegenüberliegenden Uebungsplatze kamen sodann unter Führung beider Majore die unbetheiligten Officiere und man habe den Friedhof betreten. Vorher jedoch erklärte Major Lacroy den Officieren, es sei kein Befehl, daher auch nicht Pflicht, sich zu betheiligen, daß der Act in der Absicht geschehe, daß Genieofficiere gegen alte Kameraden eine Handlung der Pietät vollziehen. General Janski habe auf dem Friedhof einige Worte gesprochen, aber keinerlei politische Anspielung gemacht, sich überhaupt von aller Politik ferngehalten. Es wurde auch nicht bemerkt, daß außer den Officieren Jemand anwesend gewesen sei. General Janski behauptet, jede andere Darstellung sei unwahr und den Thatsachen nicht entsprechend, überdies werde von hoher militärischer Seite behauptet, daß das ganze keinen amtlich feierlichen Charakter gehabt und daß Niemand von den Theilnehmern geglaubt habe, daß dies als politische Demonstration aufgefaßt werden könnte. Dies ist der Sachverhalt. Demnach glaube ich, daß von einer officiellen, feierlichen Demonstration nicht weiter die Rede sein kann. Indem ich dies erkläre, kann ich jedoch nicht umhin, daß Vorgehen als incorrect und taktlos zu bezeichnen, denn es war einerseits kein Grund vorhanden, die bisher übliche Kundgebung der Pietät zu ändern, anderseits glaube ich, daß Niemand unter uns ist, der die Auffassung nicht theilen würde, daß ein Privatmann auch für seine Gegner Pietät empfinden kann; doch in amtlicher Stellung, insbesondere wenn man Soldat ist, muß man sich hüten, zu thun, was — ob es gewollt oder nicht gewollt ist — zu Mißdeutungen Anlaß bieten kann. Ich kann dem Abgeordnetenhause versichern, daß ich es stets für meine Pflicht halte, das Selbstgefühl der Nation und ihre Empfindungen zu schützen. Ich kann aber auch die Ueberzeugung aussprechen, daß dies auch die Ansicht der entscheidenden militairischen Kreise, von der höchsten Stelle angefangen bis nach unten, sei. Da man auch dort die Richtigkeit dessen empfindet, daß jede Thatsache, die nur politisch gefärbt ist, von der Armee fernzuhalten sei, da auch dort die Ansicht getheilt wird, daß Alles vermieden werden müsse, was einen Anlaß zu Mißdeutungen bieten oder das gute Einvernehmen bezüglich der bestehenden Verhältnisse stören könnte, so bin ich überzeugt, daß auch Maßregeln werden getroffen werden, damit ähnliche Dinge sich nicht wieder ereignen."

* Das Bundesblatt veröffentlicht die schweizerische Staatsrechnung des abgelaufenen Jahres 1885. Aus der Pulververwaltung hat die Eidgenossenschaft 517,000 Fr. eingenommen, aus der Münzverwaltung 1,100,000 Fr., Banknotensteuer 135,000 Fr. und durch die halbe Militairpflichtersatzsteuer (die andere Hälfte kommt den Cantonen zu) 1,235,000 Fr. Das Zolldepartement verzeichnet für Zölle, Niederlagsgebühren, Ordnungsbußen u. s. w. 21,191,000 Fr., darunter 20,792,000 für die Einfuhrzölle. Die Postverwaltung lieferte 16,204,000 Fr., die Telegraphenverwaltung 2,873,000, worin das Telephon mit 633,000 Fr. inbegriffen ist. Post, Telegraph und Telephon ergaben circa 360,000 Fr. mehr, als budgetirt wurde. Unter den Ausgaben finden wir 206,000 Fr. für den Nationalrath, 12,500 für den Ständerath, den übrigens zum größeren Theile die Cantone bezahlen, und 88,500 für den Bundesrath, dessen Mitglieder je 12,000 Fr. (der Präsident 13,500 Fr.) Salaire erhalten. Im Conto des politischen Departements findet man für die Gesandtschaften in Paris 50,000 Fr., in Rom 40,000 Fr., in Wien 40,000 Fr., in Berlin 40,000 Fr., in Washington 50,000 Fr., sodann Beiträge an die Consulate 36,000 Fr. und an die schweizerischen Hilfsgesellschaften im Auslande 20,000 Fr. Das statistische Bureau kostete 59,500 Fr., das Polytechnicum 555,000 Fr. An die Alpenstraßen zahlt der Bund 530,000 Francs, für Schulbauten im Hochgebirge und Flußcorrectionen 734,000 Fr. Das Militairwesen hat 17,165,000 Fr. in Anspruch genommen, darunter das Verwaltungspersonal 420,000 Francs, das Instructionspersonal 739,000 Fr., der Unterricht 6,711,000 Fr., die Bekleidung 2,129,000 Fr., die Bewaffnung und Ausrüstung 1,044,000 Fr., das Kriegsmaterial 1,405,000 Francs. Für gewerbliche Berufsbildung wurden 171,000 Fr., für Landwirthschafts- und verwandte Zwecke 275,000 Fr., für Forstwesen, Jagd und Fischerei 108,000 Fr. ausgegeben.

* Die Resultate der Wahlen zur italienischen Deputirtenkammer liegen auch jetzt noch nicht vollständig vor, doch kann als sicher gelten, daß die Regierung einige neue Sitze gewonnen hat.

* Ein Zwischenfall ist soeben, so wird aus Kairo vom 21. d. Mts. geschrieben, zum Abschluß gebracht, welcher die Beziehungen zwischen Egypten und Frankreich zu stören drohte. Gewisse Abkömmlinge des Scheichs Suleiman, der vor einem Jahrhundert nach Egypten kam, beanspruchten unlängst französischen Schutz, und der französische Generalconsul, der ihre Papiere in Ordnung fand, ertheilte ihnen Scheine für einjährigen Schutz. Die egyptische Regierung wollte indeß diese Scheine nicht anerkennen, da die betreffenden Personen türkische Unterthanen seien. Darauf schrieb der französische Generalconsul an das egyptische Ministerium, daß er die französische Regierung um seine Abberufung ersuchen müsse, wenn die vorläufigen Scheine nicht binnen 48 Stunden anerkannt würden. Hierauf erklärte Nubar Pascha brieflich, daß im Hinblick auf diese Drohung der egyptischen Regierung keine Wahl bleibe, als die Scheine anzuerkennen.

* Zum großen Aerger Englands hat Frankreich neuerdings aus Obok eine Strafcolonie gemacht, und die erste Truppe von Strafverwiesenen — es waren Eingeborene von Algier — ist in Obok eingetroffen. „Diese Verwiesenen — so wird der „Kölnischen Zeitung" aus Aden geschrieben — sind nicht blos politische Verbrecher, die wegen Betheiligung an den Aufständen in Algier verurtheilt wurden, sondern es befindet sich auch der Abschaum von Algier darunter, Gesindel, das zwischen Mein und Dein keinen Unterschied kennt. Daß die Nähe einer französischen Strafansiedelung mit der Aussicht auf weitere Bevölkerung derselben durch den Abschaum der französischen Verbrecherwelt der Regierung von Aden nicht angenehm sein kann, liegt auf der Hand. Frankreich selbst dürfte jedoch mit der Wahl Obeks als Strafanstalt für die Verbrecher aus Algier nicht klug handeln, da dieselben, als Mohamedaner, bei den Bewohnern der Küste, die meistens fanatische Moslems sind, alle Sympathie finden, besonders wenn eine Erhebung gegen die französische Herrschaft in Obek ausbrechen sollte. Die Besatzung von Obok, 60 Mann Marine-Infanterie, würde in solchem Falle sehr gefährdet sein. Man glaubt übrigens hier, daß die Wahl Obeks nur ein Mittel ist, um einen Druck auf die englische Regierung bei Regelung der beiderseitigen Ansprüche auf die Küste auszuüben, und daß die Aufgabe der Strafcolonie als Zugeständniß natürlich gegen andere englische Zugeständnisse dienen würde. Es handelt sich besonders um Sela, dessen Besitz England durch Frankreich neuerdings bestritten wird, da Frankreich aus Abmachungen des Ende der fünfziger Jahre auf der Reise von Sela nach Aden ermordeten französischen Consuls Lambert ältere französische Ansprüche auf Sela herleitet. Es ist freilich nicht wahrscheinlich, daß England, das im thatsächlichen Besitz von Sela ist, den letzteren Ort, der vermöge seiner Verbindungen mit Harrar und Schoa und andererseits Aden zu wichtig ist, fahren läßt. Die Erweiterung der Befestigungen von Aden, für die im vorigen Jahre 90,000 Lstrl. bewilligt wurden, schreitet rüstig vorwärts. Ueber 1000 Arbeiter sind mit Sprengungen an zwei den Eingang zum Hafen beherrschenden niederen Hügeln beschäftigt; auf diesen Hügeln sollen von den übrigen Befestigungen Adens unabhängige Forts erbaut und mit den schwersten Geschützen ausgerüstet werden, so daß in Zukunft Aden wenigstens von der Seeseite her vor einem plötzlichen Handstreich geschützt ist, was bis jetzt nicht der Fall war; denn die alten Befestigungen, obwohl bewunderungswerthe Werke in ihrer Art, genügten den modernen Anforderungen nicht mehr und würden Panzerschiffen mit 100-Tons-Geschützen keinen allzu langen Widerstand leisten. Die Kosten der neuen Befestigungen sind auf 300,000 Pfd. Sterling veranschlagt, und England hofft mit dieser Summe Aden für die Zukunft wirklich zum „Gibraltar des Ostens" zu machen. Die drei Europäer, die zur Zeit der Ermordung Porro's und seiner Genossen sich in Harrar befinden, sind laut kürzlich eingegangenen Nachrichten von dem Emir ausgewiesen worden und befinden sich auf dem Wege nach Sela. Die französischen Missionare sind bis jetzt nicht belästigt worden, doch ist ihre Lage immerhin schwierig."

* Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika hat dem Vernehmen nach an ihre Consularvertreter diesseits des Atlantic ein vertrauliches Rundschreiben gerichtet, in welchem sie um die Beantwortung einer Anzahl auf die Auswanderung bezüglicher Fragen ersucht. So wird beispielsweise gefragt, welcher Classe die Heimathmüden angehören, was sie zum Fortziehen veranlasse, wie sie wohnen und wie es mit ihrer Ernährung beschaffen sei. Ferner wird eine Aufzählung der in den letzten Jahren durch die Gemeinden veranlaßten Abschiebungsfälle verlangt und schließlich gefragt, ob dem Consulat nicht Fälle bekannt seien, wo Jemand politischer Ansichten wegen deportirt worden sei. In der Einleitung wird auf die jüngsten Arbeiterwirren Bezug genommen, welche der Regierung der Vereinigten Staaten angeblich eine Regelung der Einwanderung als dringende Pflicht auferlegen sollen.

Zur Lage in Bulgarien.

* Ueber die Vorgänge in Bulgarien liegen die folgenden bis zum 18. Mai reichenden Nachrichten aus Sofia vor:

Herr Zankow läßt sich durch die lange Reihe von Mißerfolgen, welche die von ihm geleitete Agitation gegen den Fürsten Alexander und dessen Regierung allerorten erlitten hat, durchaus nicht entmuthigen. Er und seine Anhänger veranstalten immer neue Meetings, obgleich die bisherigen theils überhaupt nicht zu Stande kamen, theils einen den Einberufern höchst unerwünschten Verlauf genommen haben. Herr Zankow, der mit seinem ersten Versuche, in Sofia ein oppositionelles Meeting zu veranstalten, ein vollständiges Fiasco erlitt, wendete dieser Tage, um überhaupt eine Versammlung zu Stande zu bringen, den Kunstgriff an, daß er Vertreter verschiedener Körperschaften zu einer Besprechung von Gemeinde-Angelegenheit einlud. Als jedoch einige Zankowisten in dieser Versammlung gegen den Fürsten Alexander, die Regierung und die Union loszuziehen begannen, wurden sie von den Anwesenden stürmisch niedergeschrien. Hierauf ergriff Herr Zankow selbst das Wort und führte aus, daß Fürst Alexander und seine Regierung den Bruch mit Rußland herbeigeführt hätten, indem sie den Kriegsminister und die russischen Officiere aus Bulgarien vertrieben. Die erschienenen Vertreter der Körperschaften riefen jedoch dem Redner zu: „Sie lügen, Sie wissen es eben so gut, wie wir, daß Fürst Cantacuzene und die russischen Officiere vom Zaren abberufen und nicht vom Fürsten Alexander ausgewiesen wurden. Kein Bulgare hat den Zaren oder Rußland beleidigt. Gerade Sie, Herr Zankow, sind der Einzige seit der Befreiung Bulgariens, der sich mit Rußland zerworfen und sich über dasselbe verletzend geäußert hat, indem Sie den Russen sagten: Wir wollen nicht eueren Honig, noch eueren Stachel!" Man sollte nun meinen, daß Herr Zankow durch diese neue Erfahrung sich über die Aussichtslosigkeit seiner Sache in Sofia klar geworden sei. Weit entfernt davon, berief er für den 9. Mai ein neues Meeting ein, diesmal mit dem offen eingestandenen Programm der Besprechung der Staatsangelegenheiten. Nun, Herr Zankow wird von der in diesem Meeting gefaßten Resolution kaum erbaut gewesen sein. In derselben wurden nämlich die „gegen die Freiheit und die Rechte der Völker gerichteten verrätherischen Umtriebe" Zankow's und seiner Genossen in schärfster Weise verurtheilt, während der Regierung des Fürsten Alexander volles Vertrauen ausgedrückt und die Unterstützung des bulgarischen Volkes bei der Durchführung der heiligen nationalen Sache der Vereinigung der beiden Bulgarien zugesagt wurde. Das Bureau des Meetings wurde beauftragt, diese Resolution zur Kenntniß der Regierung zu bringen. Auch in verschiedenen anderen Orten haben von Zankowisten einberufene Meetings regierungsfreundliche Resolutionen beschlossen.

Die Zankowisten suchen selbstverständlich auch durch die Presse auf die Bevölkerung einzuwirken und greifen auch auf diesem Gebiete zu ungewohnten Mitteln. Das notorisch von

SLUB
Wir führen Wissen.